

S O M M A R I O

=====

Dr. Leon SCHLUMPF : ZUR WIRTSCHAFTSLAGE GRAUBUENDES
APPUNTI SULLA SITUAZIONE ECONOMICA GRIGIONE
(traduzione)
Un commento della stampa grigione alla
conferenza Schlumpf (Gino Tognina)

Prof. Riccardo TOGNINA: IL COMUNE GRIGIONE

Avv. Arturo LAFRANCHI : PROBLEMI ECONOMICI DEL TICINO

Conferenze tenute al Corso d'informazione di COSCIENZA SVIZZERA
a Poschiavo il 7 e 8 ottobre 1967.

ZUR WIRTSCHAFTSLAGE GRAUBUENDES
=====

del

dr. Leon SCHLUMPF, Consigliere di Stato, Felsberg

ZUR WIRTSCHAFTSLAGE GRAUBUENDES
=====

I.

Ein gewaltiges Wachstum kennzeichnet die Entwicklung der schweizerischen Volkswirtschaft im letzten Vierteljahrhundert. Das Volkseinkommen stieg von 1938 bis 1966 von 8,2 auf 53,6 Milliarden Franken, das Bruttosozialprodukt von 9,5 auf 64,2 Milliarden Franken. Auch die bündnerische Wirtschaftslage erfuhr, insbesondere in den letzten 10 - 12 Jahren, eine namhafte Verbesserung. Diese resultiert einmal aus dem allgemeinen Konjunkturverlauf, aus der gesamtschweizerischen Zunahme von Investitionskraft und Ausgabefreudigkeit. Eine intensive Befruchtung ist aber insbesondere folgenden Faktoren zuzuschreiben:

anhaltende Steigerung des Fremdenverkehrs (Zunahme der Logiernächte seit 1958 um rund 50%);

Ausweitung des industriellen Sektors (Verdoppelung der Fabrikbetriebe, Verdreifachung der Beschäftigten seit dem 2. Weltkrieg);

gewaltige Aufwendungen für den Kraftwerkbau und für den Strassenbau;

Sekundärwirkungen in Handel, Gewerbe, Verkehr.

II.

Eine hauptsächlichliche Existenzgrundlage und Einkommensquelle in unserem Kanton bildet nach wie vor die Landwirtschaft, welche zusammen mit der Forstwirtschaft im Jahre 1960 noch 20% der Berufs-

tätigen das Auskommen gewährleistete. Daran ändert der von 1955 bis 1965 zu verzeichnende Rückgang der Zahl der Landwirtschaftsbetriebe von 11.809 auf 9.450 nichts.

Zunehmende Bedeutung erlangt der Fremdenverkehr, welcher in der schweizerischen Gesamtstatistik mit einem Sechstel der registrierten Logiernächte figuriert. Unsere Fremdenverkehrsregionen weisen die höchsten durchschnittlichen Kopfquoten an Kantonssteuererträgen auf. Für eine weitere Entfaltung dieser Wirtschaftsgruppe sind landschaftliche und klimatische Voraussetzungen gegeben. Sie bietet eine wertvolle Ergänzung der landwirtschaftlichen Berufstätigkeit im Berggebiet.

Im industriellen Wirtschaftsbereich befinden wir uns mit einem Anteil von nur 20% der Berufstätigen an der untersten Grenze aller Kantone. Durch die geographischen und topographischen Gegebenheiten bedingt ist die ungleiche regionale Verteilung der 270 industriellen Betriebe mit 9.300 Beschäftigten; die Hälfte derselben mit 70% der Arbeitskräfte entfällt auf die Bezirke Plessur, Unterlandquart und Imboden.

Handel und Gewerbe werden in ihrer Entwicklung weitgehend beeinflusst von den übrigen Wirtschaftsträgern. Eine hohe Frequenz weist seit Jahren das Baugewerbe auf, während Handel Banken und Versicherungen mit ihren Anteil an Berufstätigen weit unter dem schweizerischen Mittel liegen.

III.

Trotz feststellbarer Fortschritte insbesondere im Verlaufe des letzten Jahrzehnts vermag unsere kantonale Wirtschaft nach wie vor Vergleichen mit schweizerischen Mittelwerten nicht standzuhalten. Das erhellt u. a. aus einer Prüfung der Steuerkraft der

natürlichen Personen, welche bei der Wehrsteuer 12. Periode eine Kopfquote von Fr. 35.70 in Graubünden gegenüber Fr. 62.73 im Landesmittel, Fr. 98.27 in Zürich und Fr. 111.40 in Basel-Stadt ergab. In unserem Kanton trifft es auf 10.000 Einwohner lediglich 1.509 Wehrsteuerpflichtige, gegenüber 2.367 im schweizerischen Mittel oder 3.788 in Basel-Stadt. Auch Schätzungen der Kantonsanteile am Bruttosozialprodukt und Volkseinkommen führen für unseren Kanton zu Kopfquoten, welche sich wesentlich unter dem schweizerischen Mittel bewegen und den wirtschaftlichen Rückstand erhärten.

Die Ursachen hiefür gehen zurück auf den seit dem Zusammenbruch des Transitverkehrs nach 1880 entstandenen Rückstand. Einer ausreichenden Anschlussentwicklung im Wege standen die periphere Lage, das ausgedehnte Territorium mit schwacher Besiedelung (21 Einwohner pro km², Zürich 551), die Topographie und Höhenlage, die Finanzschwäche des Gemeinwesens bei einem hohen Finanaufwand. Zu erwähnen sind weiter die beschränkten Entwicklungsgrundlagen, eine schmale Wirtschaftsstruktur und das verzögerte Einsetzen konjunktureller Einflüsse.

Die ungenügende Breite der wirtschaftlichen Grundlagen führte zu ausgesprägt ungleichen regionalen Entwicklungen. Diese Tatsache gelangt in der stark unterschiedlichen Steuerkraft der Bevölkerung zum Ausdruck, welche von Kantonsteuernkopfquoten von Fr. 37.- bis Fr. 300.- je nach Region differiert. Sie belaufen sich auf Fr. 37.40 im Calancatal, Fr. 80.10 im Kreis Mesocco, Fr. 84.39 in Poschiavo, Fr. 92.06 im Kreis Roveredo, Fr. 109.17 in Brusio und Fr. 123.05 im Bergell, gegenüber Fr. 241.61 in Chur und Fr. 299.- im Oberengadin. Ausfluss derartiger Gefälle ist zu einem guten Teil, dass im vergangenen Jahrzehnt 137 von 221 Gemeinden einen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen hatten, und zwar hauptsächlich solche in Gebieten mit überwiegender Beschränkung auf berglandwirtschaftliche Existenzgrundlagen.

Diese Vorbehalte unter dem Gesichtswinkel gesamtschweizerischer Verhältnisse und mangelnder regionaler Ausgewogenheit dürfen uns die bereits festgestellte erfreuliche Wirtschaftsentwicklung auch in unserem Kanton nicht übersehen lassen. Sie sollen vielmehr Anlass bilden zur Ausschöpfung aller verfügbaren Kräfte und Reserven.

Solche Reserven liegen im Land, über welches unser Kanton in reichem Masse verfügt. Dieses bedeutet eine Grundlage für die Erhaltung einer lebensfähigen Landwirtschaft, für eine weitere Entfaltung des Fremdenverkehrs und für die Verbreiterung des industriellen und gewerblichen Wirtschaftsbereiches.

Reserven erblicken wir in der in unserem Kanton bereitstehenden Energie und noch brachliegenden Energieproduktion. Das gilt sowohl für die auch in der heutigen Zeit wertvolle hydraulische Spitzenenergie als auch für das einsatzbereite Rohölkontingent.

Als Reserve von wirtschaftlicher Bedeutung zu bewerten ist sodann eine zunehmende Verkehrserschliessung mit dem Ausbau der Nationalstrasse und des Seitenstrassennetzes, insbesondere aber auch mit der Verwirklichung einer Ostalpenbahn.

Reserven besitzen wir schliesslich in der Entwicklungsfähigkeit unserer Wirtschaftsgruppen, von Landwirtschaft, Fremdenverkehr, Handel, Gewerbe und Industrie.

Eine unerlässliche Voraussetzung für einen gedeihlichen Verlauf des Wirtschaftsleben bildet die Bereitschaft des Bundes, im Rahmen seiner Möglichkeiten und Mittel eine solche Entwicklung zu fördern. Das gilt für die Agrarpolitik, die Verkehrspolitik, die Energiepolitik, für die Wirtschaftspolitik im allgemeinen, den notwen-

digen Ausbau des eidgenössischen Finanzausgleiches u. a. m. Die Gewährleistung zeitgemässer Existenz- und Lebensbedingungen auch für das Berggebiet stellt eine nationale Aufgabe dar.

Das uns unseren Willen zur Ausschöpfung der vorhandenen Reserven und zu voller Kraftentfaltung vorausgesetzt, dürfen wir mit Zuversicht der weiteren Wirtschaftsentwicklung in unserem Kanton entgegenblicken. Diese Zuversicht muss sich insbesondere auf die junge Generation übertragen und sie dazu bewegen, an der Bewältigung der sich stellenden Aufgaben und Probleme mitzuarbeiten, sich in unsere Wirtschaft einzuordnen, dieser und unserem Land verbunden zu bleiben. Darin liegt eine wesentliche Voraussetzung für die weitere Gestaltung und das Gedeihen unserer Volkswirtschaft. Denn entscheidend für ihre Kraft und Entfaltung waren stets, sind heute und bleiben auch in Zukunft Einsatz und Leistungsfähigkeit des Menschen. Weder finanzielle noch technische Investitionen vermögen die wirtschaftliche Prosperität zu gewährleisten, wenn nicht das menschliche Wirken, der Hände und Köpfe Arbeit hinzukommen.

APPUNTI SULLA SITUAZIONE ECONOMICA GRIGIONESE

=====

(traduzione)

I.

Lo sviluppo dell'economia popolare svizzera nell'ultimo quarto di secolo è caratterizzata da un'enorme crescita. Il reddito popolare salì, dal 1938 al 1966, da 8,2 a 53,6 miliardi di franchi; il prodotto nazionale lordo, da 9,5 a 64,2 miliardi di franchi. Anche la situazione economica grigionese ha registrato, specialmente negli ultimi 10-12 anni, un notevole miglioramento. Ciò risulta anzitutto dalla tendenza generale della congiuntura, dall'aumento in tutta la Svizzera della forza d'investimento e da una certa leggerezza nello spendere.

Tuttavia un intenso aumento è da attribuire specialmente ai seguenti fattori:

sviluppo continuo del turismo (aumento dei pernottamenti dal 1958: circa del 50 %);

ampliamento del settore industriale (raddoppiamento delle fabbriche, triplicazione della mano d'opera, dalla seconda guerra mondiale ai nostri giorni);

enormi investimenti per gli impianti idrici e la costruzione di strade;

effetti secondari nel commercio, nell'artigianato e nel traffico.

II.

Nel nostro cantone, l'agricoltura rappresenta una base d'esistenza determinante e al tempo stesso una fonte di guadagno. In unio-

ne con i lavori forestali, nel 1960, essa procurò il necessario per vivere al 20% degli occupati. La diminuzione del numero delle aziende agricole, che dal 1955 al 1965 scesero da 11'809 a 9'450, non cambiò niente alla situazione.

Importanza sempre crescente è da attribuire al turismo il quale, nella statistica generale svizzera, figura con un sesto dei pernottamenti registrati. Le nostre regioni turistiche segnano le più alte quote medie pro capite per quanto riguarda il contributo d'imposta cantonale. Per un ulteriore sviluppo di questo settore economicc, non mancano le premesse di paesaggio e climatiche. Esso offre un valido contributo accessorio all'attività agricola delle zone montane.

Per quanto concerne il settore economico-industriale, ci troviamo, con il 20% soltanto degli occupati, al limite inferiore di tutti i cantoni. Fattori geografici e topografici determinano inoltre un'ingiusta ripartizione regionale delle 270 aziende industriali con 9'300 operai e impiegati; la metà delle stesse, con il 70% delle forze lavorative, sono distribuite nei distretti Plessur, Unterlandquart e Imboden.

Commercio e artigianato sono largamente influenzati, nel loro sviluppo, dagli altri settori economici. Un'alta frequenza si riscontra da anni nell'edilizia, mentre commercio, banche e assicurazioni, con le loro partecipazioni a favore degli occupati, vengono a trovarsi molto al di sotto della media svizzera.

III.

Malgrado i sensibili progressi, specialmente nel corso dell'ultimo decennio, la nostra economia cantonale non riesce a reggere il confronto con i valori medi svizzeri. Questo risulta chiaro fra altro da un esame della forza fiscale delle persone fisiche, le

quali, nel 12° periodo di conteggio per l'imposta sulla difesa nazionale, pagarono, nei Grigioni, fr. 35,70 a testa, contro i fr. 62,73 della media svizzera, i fr. 98,27 di Zurigo e i fr. 111,40 di Basilea Città. Nel nostro cantone, su 10'000 abitanti, solo 1'509 sono colpiti dall'imposta sulla difesa nazionale. La media svizzera è di 2'367 e, a Basilea Città, i contribuenti sono 3'788, sempre sulla base di 10'000 abitanti. Anche delle valutazioni sulla partecipazione cantonale al prodotto sociale lordo e al reddito popolare, portano il nostro cantone a quote personali che si aggirano sensibilmente al di sotto della media svizzera e che rendono più severo il ritardo economico.

Le cause di tutto questo risalgono al ritardo verificatosi dal 1880, dopo il crollo cioè del traffico di transito. Uno sviluppo sufficiente di aggiornamento era ostacolato dalla posizione periferica, dalla vastità del territorio con scarsa densità di popolazione (21 abitanti per km² - a Zurigo 551), dalla topografia e dall'altitudine, dalla debolezza finanziaria della comunità in uno con un'uscita molto alta. Inoltre, sono da ricordare le basi di sviluppo molto ridotte, una esigua struttura economica e l'inserimento ritardato degli influssi congiunturali.

L'ampiezza insufficiente delle basi economiche portò a sviluppi regionali enormemente diversi. Questo fatto si manifesta nella forte diversità della forza fiscale della popolazione, che varia tra i fr. 37.- e i fr. 300.- di quote personali d'imposta cantonale a seconda della regione. Esse si aggirano sui fr. 37,40 in Calanca, fr. 80,10 nel circolo di Mesocco, fr. 84,39 a Poschiavo, fr. 92,06 nel circolo di Roveredo, fr. 109,17 a Brusio e fr. 133,05 in Bregaglia, contro i fr. 241,61 a Coira e fr. 299.- nell'Engadina alta. Simili diversità sono in gran parte la causa dello spopolamento. Nell'ultimo decennio, 137 su 221 comuni hanno registrato una diminuzione di popolazione, e specialmente quei comuni siti in regioni che fondano la loro esistenza quasi esclusivamente sull'agricoltura montana.

~~Queste riserve, considerate nel complesso di rapporti valevoli per tutta la Svizzera e dedotte da una insufficiente ripartizione regionale, non possono nasconderci il rallegrante sviluppo economico manifestatosi anche nel nostro cantone, e a cui già s'è accennato. Esse devono piuttosto rappresentare un incentivo per lo sfruttamento di tutte le forze e di tutte le riserve esistenti.~~

Tali riserve risiedono nel suolo, di cui il nostro cantone è ricco. Esso rappresenta una pietra miliare per giungere a un'agricoltura vitale, per un ulteriore sviluppo del turismo e per un allargamento dei settori economici dell'industria e dell'artigianato.

Scorgiamo riserve nell'energia già sfruttabile e in quella da sfruttare. Ciò vale tanto per l'energia idrica di punta (valida anche per il nostro tempo), quanto per il contingente di olio greggio, pronto per essere impiegato.

Una riserva da valorizzare, e che riveste importanza economica, è data inoltre dalle possibilità sempre crescenti di apertura al traffico con la costruzione della strada nazionale e della rete stradale di allacciamento, e particolarmente dalla realizzazione di una ferrovia attraverso le Alpi orientali svizzere.

Esistono infine riserve nella capacità di sviluppo dei nostri settori economici: nell'agricoltura, nel turismo, nel commercio, nell'artigianato e nell'industria.

Una premessa indispensabile per un valido corso della vita economica è data dalla volontà della Confederazione di incrementare un tale sviluppo nell'ambito delle sue possibilità. Questo vale per la politica agraria, per la politica del turismo, per la politica energetica, per la politica economica in genere, per il necessario aggiornamento della perequazione finanziaria federale, ecc.

L'offerta di garanzie per condizioni di vita e d'esistenza conformi ai tempi, rappresenta un vero e proprio compito nazionale.

Premesso tutto questo e la nostra volontà per lo sfruttamento delle riserve e delle forze esistenti, possiamo guardare con fiducia allo sviluppo futuro dell'economia nel nostro cantone. Questa fiducia deve essere trasmessa in modo particolare alla nuova generazione, onde incitarla a collaborare alla soluzione dei compiti e dei problemi che si pongono, a inserirsi nella nostra economia, a restarvi fedele, come pure a restar fedele alla nostra terra. In ciò risiede una premessa essenziale per lo sviluppo futuro della nostra economia popolare. Determinante per la sua forza e sviluppo furono sempre, sono oggi ancora e rimarranno anche in futuro l'impegno e l'attività dell'uomo. Né gli investimenti finanziari, né quelli tecnici possono garantire la prosperità economica, se non sono sostenuti dall'attività umana, dal lavoro della mente e delle mani.

UN COMMENTO GRIGIONESE ALLA CONFERENZA SCHLUMPF

di Gino Tognina, ins.sec.

(apparso nel settimanale "Il Grigione Italiano" N.41/1967)

Problemi economici dei Grigioni

Una fondazione per l'incremento di una più efficace collaborazione di lavoro in campo federale ha avvertito che un rafforzamento vero e proprio dell'attività economica, culturale, politica, ecc. può essere realizzato solo nell'ambito di singole regioni, ed ha con questo riconosciuto a priori la validità della struttura federalistica ancora fortemente radicata da noi. D'altra parte, ha continuato l'oratore, il problema economico e la ricerca di soluzioni valide è d'estrema importanza per rendere possibile l'esistenza nelle zone in questione.

Per fortuna, in tutta la Svizzera si è notato nell'ultimo quarto di secolo un rallegrante sviluppo in questo campo. Dal 1938 al 1966 l'entrata popolare è aumentata nel rapporto di 1 a 6. L'indice dei salari è salito nello stesso periodo da 100 punti nel 1939 a 409 nel 1965, mentre il costo della vita è raddoppiato.

Nel nostro cantone, lo sviluppo economico s'è manifestato solo a partire dal 1950 ed è legato all'inizio quasi esclusivamente al turismo.

Molte sono le abitazioni di vacanza che sorsero qua e là nel cantone, specialmente nei posti di tradizione turistica, e questo fattore è strettamente in relazione allo sviluppo dell'economia tedesca, che stava rinascendo in quegli anni.

Anche le forze idriche non hanno mancato di fare sentire il loro sviluppo. Gli impianti sorti nelle valli Safien, Bregaglia, Mesolcina, Reno Anteriore ed Engadina, hanno rafforzato sensibilmente la struttura comunale, e anche se a lavori terminati si devono notare fattori negativi, causa la partenza dei lavoratori, le forze idriche rimangono sempre una colonna dell'economia comunale e cantonale.

Alcune cifre bastano a rispecchiare lo sviluppo dello stato

finanziario nel cantone:

Nel 1959 sono stati spesi per la costruzione di strade ben 7 milioni di franchi. Il preventivo del 1968 concede alle strade la somma di 130 milioni di franchi.

Un incremento del resto si è manifestato anche nel campo dell'industria. Le 124 aziende del 1938 sono diventate 275 nel 1960 e gli operai delle stesse sono saliti da 2700 a 9000 unità. Adirittura si deve riconoscere che la maggior parte delle aziende si sono rese autosufficienti, acquistando persino capacità d'investimento.

Malgrado questo in vari settori il nostro cantone è in ritardo sulla media svizzera.

Nel dodicesimo periodo di conteggio dell'imposta sulla difesa nazionale (le cifre sono basate solo sulle persone fisiche), nella Confederazione vennero pagati in media 62 franchi per persona, nei Grigioni solo 35 franchi. Nel Ticino si raggiunsero i fr. 49,50 e Basilea Città versò addirittura fr. 111 a testa.

Perché questa situazione? Essa è dovuta da noi anzitutto a difficoltà di carattere geografico e demografico. Il cantone comprende il 18% del territorio della Confederazione e solo il 2,7% della popolazione, con una densità di 21 persone per km². (La densità della popolazione svizzera è di 130 persone per km², mentre Zurigo è in testa con 551 anime per km²). La scarsa densità è sì vantaggiosa per il turismo, ma d'altra parte estremamente sfavorevole all'industria.

Ma anche la debolezza economica dei comuni pesa sull'erario del cantone. Il problema dell'infrastruttura inoltre è molto complesso e costoso. Da tutto questo ne deriva al cantone e ai comuni una spesa maggiore alle proprie forze.

Nel 1965 nei Grigioni, cantone e comuni spesero 2088 fr. in media per abitante. La media svizzera nello stesso anno è stata di 1400 fr. a testa.

Risulta evidente quindi la difficoltà per il cantone di incrementare l'economia del paese.

La nostra economia poi, sempre secondo il dr. Schlumpf, poggia su una base troppo ristretta. Inizialmente, grazie al traffico di

passaggio attraverso i nostri passi alpini, sia il commercio che l'artigianato poggiavano su solide basi. Poi fattori di vario genere troncarono le possibilità evolutive iniziali e per un periodo di tempo i nostri antenati seppero far fronte all'indebolimento commerciale e industriale con il turismo, anche grazie all'apporto che allo stesso diede la Ferrovia Retica. Le guerre mondiali fecero sentire il loro peso anche da noi e frenarono anche l'unica risorsa che ormai rimaneva al paese.

Oggi circa il 20% della mano d'opera cantonale è impiegata nell'agricoltura e in lavori boschili, l'8% degli operai si occupa nell'industria alberghiera, mentre sono bassissime le percentuali nei settori del commercio e dell'industria. Agricoltura e turismo sono di conseguenza le uniche colonne dell'economia cantonale.

Da un confronto basato sul gettito d'imposta delle persone fisiche risulta inoltre che anche nel cantone stesso esistono diversità enormi, e non solo tra cantoni e Confederazione.

In Calanca si pagano in media fr. 37. d'imposta per persona; a Roveredo fr. 92.-; a Mesocco fr. 80.-; a Poschiavo fr. 84.-; a Brusio fr. 109.-; in Bregaglia fr. 123.-. Ma nell'Engadina Alta la cifra ammonta a fr. 300.-; nella valle Schanfigg a fr. 260.-; a Klosters a fr. 245.-; a Coira a fr. 241.-. Un'analisi più approfondita dimostrerebbe inoltre una fecondità maggiore delle zone turistiche rispetto a quelle industriali e, ciò che è più grave, un azzonamento pronunciato nei due settori. (2/3 delle 275 aziende sorgono a Coira, a Ems, a Landquart; 2/3 dell'industria alberghiera è concentrata in zone particolari: St. Moritz ed Engadina Alta, Davos, Arosa, Flims, ecc.). Questo azzonamento va considerato come l'infermità più evidente dell'economia nazionale.

Lo sviluppo a cui va soggetta la nostra economia non può essere frenato tuttavia dai fattori negativi che le si oppongono. Anzi proprio da questi fattori possiamo trarre delle indicazioni ben precise per il futuro, poiché essi ci dimostrano che esistono delle riserve.

La scarsa densità di popolazione a cui si è accennato offre all'industria e al turismo suolo abbondante, suolo cioè per allargare le basi di questi settori; e le nostre autorità, ha detto

l'on. Schlumpf, sono chiamate, in collaborazione con il popolo, a creare le premesse per un allargamento del turismo in modo particolare. In futuro non si potrà più pensare tuttavia soltanto al turismo tradizionale, ma anche a quello di massa e sociale dovranno essere offerte le possibilità di sviluppo. A questo scopo sono di estrema importanza le vie di comunicazione. Dalla strada nazionale N.13, affinché la stessa non perda la sua importanza vitale per il cantone, dovrà snodarsi tutta una rete di vie efficienti, che servano a distribuire il traffico e con questo i turisti anche nei luoghi più appartati. In relazione a questo non può essere dimenticata nemmeno la ferrovia della Svizzera orientale. Non da ultimo entrerebbe in linea di conto, e sarebbe di grande vantaggio per il turismo, il traffico aereo. Un Jumbo-Jet di tipo americano ad esempio, potrebbe rifornire di turisti vaste zone in un tempo relativamente breve.

Una fonte di riserva è costituita anche dalla produzione di energia, magari in collaborazione con il Ticino, per l'impiego nell'industria e nell'artigianato. I Grigioni hanno diritto inoltre a 1,1 milione di tonnellate annue di olio per il passaggio della pipeline attraverso il cantone, ciò che, trasformato in energia, darebbe 4 miliardi di kwh.

E da ultimo presenta possibilità di sviluppo l'agricoltura. Terreno disponibile ce n'è. La razionalizzazione, che in varie zone ha già dato buona prova di sé, dovrà essere incrementata nei limiti del possibile in tutto il cantone, affinché anche l'agricoltura possa diventare forza economica in sé e per il paese.

La realizzazione di queste riserve dipenderà naturalmente dalla politica agraria, dalla politica sull'energia e dalla politica sul turismo della Confederazione. Le autorità federali hanno dimostrato negli ultimi anni comprensione particolare anche per il Grigioni e non c'è motivo che non vogliano continuare sulla strada battuta.

Se tutte le premesse verranno prese in considerazione, non c'è dubbio che l'economia potrà raggiungere in un futuro, forse non troppo lontano, la media di quella svizzera.

Ai giovani, ha concluso l'oratore, il compito di portare a termine quello che oggi si sta avviando. Ma proprio per questo è necessario limitare un'emigrazione non tanto quantitativa ma qualitativa delle forze giovanili.

IL COMUNE GRIGIONE
=====

del

prof. Riccardo TOGNINA, Coira

IL COMUNE GRIGIONE

=====

L'attuale comune grigione affonda le sue radici in un passato che si estende fino al medioevo. Le tre leghe retiche e lo Stato delle Tre Leghe furono voluti e fondati dalle popolazioni delle piccole comunità di valle. E' quindi facile immaginare quanto forte sia stata la posizione del comune sia nell'ambito delle singole leghe che in quello dello Stato delle Tre Leghe. Come la vecchia Confederazione elvetica poté esistere per secoli grazie all'autonomia amministrativa dei singoli cantoni, così la Rezia, paese vasto e vario come incontro di stirpi e culture, per essere distribuito sui due versanti delle Alpi e per fare sua questa catena di monti su una lunghezza di 140 km (il Ticino ne comprende solo 40) attraversati non da uno ma da parecchi valichi che congiungono il settentrione col meridione, poté lentamente assurgere a stato di importanza europea occorrendo un organo al di sopra delle comunità regionali, amministrativamente separate e al tempo stesso in stretti rapporti l'una con l'altra per il traffico sopra i passi.

Nel 1799 Napoleone Bonaparte, dopo la trionfale entrata dei suoi eserciti nella città di Berna, trasformò la vecchia Confederazione in uno stato unitario chiamato la Repubblica elvetica. E già nel 1803 dovette dare alla Svizzera, dopo aver conferito a lungo con personalità delle varie parti del paese, l'Atto di mediazione che ridiede ai cantoni la necessaria indipendenza amministrativa.

Nel 1360 il Vescovo di Coira Pietro Gelyto di Boemia, per poter finanziare i suoi lunghi e costosi soggiorni a Vienna, non trovandosi a suo agio a Coira, cedette all'Austria, con un patto segreto, le sue terre retiche. Nel 1367 i rappresentanti delle sue terre, disapprovando l'agire del loro signore (che in un certo senso le aveva vendute) si riunirono in lega per la difesa della loro libertà e indipendenza ed elessero lo stesso Vescovo come capo della lega promettendogli aiuti finanziari ai fini di una sufficiente e sana amministrazione "statale".

Il forte spirito di indipendenza delle popolazioni retiche fu ampiamente determinato dalla posizione delle loro valli rispetto ai valichi, per i quali l'economia regionale poggiava non solo sull'agricoltura e sull'allevamento ma anche sul traffico. Le valli

(si pensi ad es. a quella di Poschiavo e all'Engadina, alla Mesolcina e alla Valle di Reno) erano troppo lontane l'una dall'altra, per le montagne e le differenze di lingua e cultura, per sentirsi una unica comunità. Si potenziava la singola valle, la singola regione grazie a una fonte di lavoro e guadagno comune: il trasporto di merci attraverso le Alpi che diede occasione ai villaggi e centri regionali lungo le vie di transito di fondare società di di trasporto., di distribuire equamente il lavoro e il guadagno, di attrezzarsi circa le soste delle merci, dei cavalli e dei "caval-lanti", di introdurre dazi e tasse di trasporto per la manutenzione delle strade e la retribuzione del personale addetto al trasporto.

La città di Coira non era solo sede vescovile e un importante comune: era anche e sopra tutto punto di partenza verso i valichi e l'Italia. Vi facevano capo due grandi vie alpine, la "superiore" sopra la Lenzerheide e il Settimo o il Giulia e il Maloggia, e la "inferiore" attraverso la Viamala e sopra lo Spluga o il S. Bernardino. Coira non era il centro retico ma solo uno dei numerosi centri regionali. Le famiglie nobili risiedevano in campagna: i Salis in Bregaglia, Prettigovia, Maienfeld, ecc., i Planta in Engadina e nella Domigliasca. Chi voleva fare carriera politica o militare doveva risiedere nei comuni. E che ogni regione possedeva una sua vita culturale è provato dall'organizzazione politica e amministrativa dei comuni, dall'edilizia (si pensi a quella engadinese), dalla presenza a Poschiavo della prima stamperia del Cantone, degli uomini d'arte dati ad es. dalla Mesolcina nei secoli 17. e 18. Non così nei cantoni di Berna, Basilea, Zurigo. A Zurigo si faceva carriera politica attraverso le corporazioni della città.

La Rezia ebbe una posizione e una importanza particolari anche dal punto di vista dell'Impero. Era cioè paese di transito anche per l'imperatore e i suoi eserciti. Non a caso nell'831 al Vescovo fu conferita l'immunità (per la quale nessun principe dell'impero poteva intromettersi negli affari inerenti alle terre della diocesi); e nel 960 l'imperatore pose la Bregaglia, percorsa dalla strada Coira-Settimo-Chiavenna, sotto il dominio del Vescovo curiense.

Erano padroni di terre e popolazioni della Rezia oltre al Vescovo i Conti di Sargans, i Signori di Vaz, il Conte del Toggenburgo, i Signori di Rhäzüns, i de Sacco, l'Abate di Disentis, ecc. che non

di rado erano in guerra tra loro per difendere diritti e spuntare capricci. Tali guerre erano possibili solo con l'aiuto delle popolazioni; e costavano sangue e danni alle colture e ostacolavano il traffico di transito e impedivano al popolo di guadagnarsi il pane. In più il popolo non era sicuro del suo destino: i suoi signori facevano traffico di terre e delle rispettive popolazioni. Questo stato di cose ebbe per conseguenza una soluzione tendente all'esautorazione del signore e al conferimento di diritti sempre più numerosi al popolo stesso.

Dopo la fondazione della Lega Caddea o della Casa di Dio nel 1367, seguì nel 1424 la fondazione della Lega Grigia, la quale comprendeva le terre e popolazioni della Surselva e del Moesano e che godette da bel principio del favore di vari loro signori (dell'Abate di Disentis, dei Signori di Rhäzüns, dei de Sacco e dei Conti di Werdenberg); e nel 1436 vi si aggiunse la Lega delle Dieci Giurisdizioni (comprendente Maienfeld, la Prettigovia, Davos, Belford e la Valle di Schanfigg) per impedire agli eredi del Conte Federico del Toggenburgo di far commercio delle sue terre retiche.

I patti delle tre Leghe retiche non sono manifestazioni di ribellione. Essi dichiarano esplicitamente che le popolazioni retiche intendono continuare a ubbidire ai loro legittimi signori e versare loro i dovuti tributi. Ma a qualunque signore essi appartengano, vogliono rimanere uniti e contribuire a determinare il loro destino politico e la vita economica regionale. A tale scopo ogni lega si diede della autorità. Ma da sole le singole leghe erano troppo deboli per resistere alle bufere del tempo, per tenere testa segnatamente all'Austria che mirava al possesso della Rezia settentrionale. Le trattative iniziate a metà secolo 15. terminarono con l'unificazione delle tre leghe e con la fondazione dello Stato delle Tre Leghe, in cui la maggioranza era costituita da due di queste, la terza fungeva da arbitro nei casi di divergenze e gli organi di giustizia dovevano essere accessibili a ogni persona.

Verso l'esterno le Tre Leghe potevano essere considerate un unico Stato. Ma all'interno le cose rimasero pressochè immutate. I capi delle leghe costituivano il Congresso, che non era l'autorità esecutiva dello stato come l'attuale governo cantonale; e non lo era nemmeno il Gran Congresso, composto dai capi di lega e da al-

tri cinque uomini di esse. Queste "autorità" potevano sbrigare la corrispondenza, eseguire le poche decisioni di competenza della dieta e ricevere gli ospiti stranieri. Il potere politico e amministrativo era rimasto ai cinquanta comuni delle leghe, che secondo la loro grandezza disponevano di uno, due, tre voti e agli altrettanti ambasciatori alle diete. Le questioni di portata politica (affari esteri, la costruzione e la manutenzione delle comunicazioni, le spese maggiori) venivano decise dai comuni in sede di assemblea dei cittadini. Secondo il risultato delle votazioni locali si comunicava poi ai capi delle leghe un sì, un no, un sì condizionato ecc. per cui lo spoglio di questi risultati era spesso difficile. Lo stato delle Tre Leghe non aveva poi entrate dirette. Faceva amministrare le sue misere finanze dalla città di Coira. Questa "organizzazione" statale si manifestava continuamente insufficiente, all'interno e verso l'esterno. Siano ad es. ricordate le votazioni circa l'assunzione o meno della Valtellina come quarta lega nell'anno 1797 !

Lo stato retico, oltre a un'unione di leghe era una federazione di comuni con competenze che altrove possedeva solo lo stato. Le imposte dirette le conosceva solo il comune, e nella Lega Caddea la Giustizia era nelle mani del Comune, dai reati che imponevano una piccola multa ai crimini puniti con la morte. Le competenze e i diritti del comune erano fissati negli statuti comunali. Gli statuti dei villaggi rurali engadinesi sono ancora oggi considerati dei capolavori riguardo alla regolazione della manutenzione e allo sfruttamento dei beni comuni: strade, boschi, pascoli, alpi. Gli statuti del comungrande (giurisdizionale) di Poschiavo che tra il 1388 e il 1812 ebbero numerose edizioni ogni volta "riformate", sono stati definiti "la carta di nobiltà della democrazia poschiavina". Concepiti sotto l'influsso della legislazione dei comuni medievali italiani, per ovvie ragioni nella loro lenta evoluzione si accostano sempre più alla legislazione nordalpina della Rezia. L'edizione del 1550, la più importante, la prima in lingua italiana, stampata a Poschiavo nella prima "officina" retica, si articola in quattro parti contenenti le norme di diritto pubblico, le norme di diritto penale, le norme di polizia rurale e di diritto amministrativo e le norme di diritto civile. Il capitolo primo ordina che la giustizia sia amministrata secondo le prescrizioni dello statuto locale. I

casi da questo non contemplati dovevano essere giudicati su altre basi legali: la ragione comune (diritto generale o imperiale), "li boni costumi ed consuetudini" (diritto consuetudinario) o secondo ~~speciali disposizioni del Consiglio generale (l'assemblea dei cittadini)~~. La procedura era indicata con esattezza: il podestà (il capo del comune) era giudice unico, e presiedeva in più il tribunale civile, il tribunale criminale e il tribunale d'appello, ultima istanza giudiziaria cui il cittadino poteva rivolgersi per ottenere giustizia. Il simbolo più espressivo della libertà e dell'autonomia goduta dal comune retico era ... la forca. Chi visita la Bregaglia, trova a Vicosoprano il pretorio e i mezzi medievali per condurre le inchieste criminali, e al margine del borgo il luogo dove veniva eseguita la sentenza di morte.

Nel 1464 Coira divenne città imperiale. Il governo del Vescovo cessò e la città poté darsi autorità propria. Con gli Articoli di Ilanz del 1524 e del 1526 tutti i comuni retici ottennero maggiori libertà e diritti, nel settore dell'amministrazione civile come in quello dell'amministrazione ecclesiastica.

L'autonomia dei comuni aveva ora raggiunto il suo punto culminante; autonomia che determinò la vita pubblica locale e statale non solo fino al 1803, anno in cui lo Stato delle Tre Leghe entrò nella Confederazione come cantone sovrano, ma fino al 1854, anno in cui finalmente si riuscì a far accettare al popolo retico una costituzione cantonale.

Scoppiata nel 1848 in alta Italia la guerra per l'indipendenza dall'Austria e trovandosi nell'agosto di quell'anno circa 20'000 soldati lombardi e piemontesi e molte persone civili nella condizione di dover varcare la frontiera per non cadere nelle mani del nemico, il comune di Poschiavo, grazie alle sue secolari esperienze in fatto di amministrazione, seppe prendere tutte le disposizioni necessarie per accogliere i profughi civili e disarmare e lasciar entrare sul suo territorio le truppe messe alle strette dagli Austriaci. Il giovane Ct. Grigioni, privo di competenze per non esistere ancora una costituzione federale e uno statuto cantonale, in questa faccenda se la cavò invece molto male.

La costituzione cantonale grigione del 1854, riveduta nel 1892,

concede ai comuni all'articolo 40 "il diritto di amministrazione... autonoma..." (senza questa concessione il popolo grigione non avrebbe mai accettato una costituzione cantonale!) e prevede contemporaneamente una legge sui comuni per la difesa di questa autonomia.

Il primo progetto per una simile legge potè essere presentato dal Governo al Gran Consiglio solo nel 1943. Il ritardo, dice il messaggio del Piccolo Consiglio al Parlamento, è dovuto all'immensa varietà di condizioni dei 220 comuni e alle difficoltà relative allo studio dell'organizzazione di molti comuni divenuti tali con l'accettazione della costituzione del 1854 (e che prima erano vicinie dei comuni di valle), dei rapporti tra comune politico e comune patriziale ecc. La mira della legge del 1943 era di garantire "i diritti e i doveri, le competenze e le esigenze del singolo cittadino e del comune in modo che il comune avesse la possibilità di compiere il suo dovere per il bene di tutti e in modo, inoltre, che il singolo desse il giusto apporto alla vita pubblica e potesse usufruire in misura adeguata delle istituzioni e del patrimonio del comune... Il motivo dominante della legge in questione dev'essere l'autonomia amministrativa dei comuni. Il controllo del Governo va esercitato osservando questa norma." La legge presentata nel '43, presa di mira già in Gran Consiglio per la sua "eccessiva" ampiezza (160 articoli in cui erano contemplati troppi particolari) e perché tangeva i diritti del comune patriziale, al Parlamento venne comunque votata con 72 voti contro 2. Ma il popolo fu inesorabile: la bocciò con 13'946 no e 9'057 sì.

Dopo la guerra molti comuni poterono migliorare la loro situazione economico-finanziaria per la fondazione di piccole aziende artigianali e industriali o grazie allo sviluppo del traffico e del turismo. Decine di altri invece, specie quelli appartati e colpiti da una eccessiva emigrazione, per le mutate condizioni di vita si trovarono improvvisamente nell'impossibilità di far fronte ai loro doveri (scuole, poveri, opere di premunizione ...) e di affrontare anche i più semplici problemi.

Al Cantone mancava la base legale per intervenire tempestivamente. Per salvare il salvabile esso emanò o sottopose a revisione tra il 1955 e il 1964 ben sette leggi, tutte in favore dei comuni con le finanze dissestate, leggi concernenti i poveri, la citta-

dinanza comunale, il conguaglio intercomunale, il domicilio dei cittadini, i diritti politici, le costruzioni e la pianificazione delle imposte.

Poi, nel 1962, una mozione firmata da 23 rappresentanti del popolo chiese al Governo un nuovo progetto di legge cantonale sui comuni. Motivi: l'urbanesimo, la mancanza, in vari comuni, di buoni amministratori, le difficoltà vecchie e nuove nel risolvere i sempre più numerosi problemi, ecc. Il Governo si mise di nuovo al lavoro, e nel 1964 il nuovo disegno di legge era pronto. I suoi capisaldi erano il controllo dell'amministrazione e delle finanze comunali da parte del Cantone e i rapporti tra il comune politico e il comune patriziale che venivano riconosciuti aggiudicando al comune politico, fatte le necessarie eccezioni, il patrimonio comunale.

Anche questo progetto venne respinto dal popolo grigione (anche se solo con un piccolo scarto di voti), e il motivo dominante della critica alla legge proposta ai votanti fu nuovamente l'"attentato" all'autonomia comunale. Molti comuni continuano così a navigare in alto mare con un timone troppo debole, senza che il Cantone possa prestare aiuto su base legale. Ma è da prevedere che a chiedere il terzo progetto di legge sui comuni stavolta non si attenderà un intiero ventennio. Ed è da augurarsi che i cittadini comunali che vedono nel Cantone se non un avversario, un ficcanaso, si convincono a poco a poco che il suo intento è di soccorrere e di salvare l'ancora salvabile, il che non è possibile senza che le autorità cantonali non conoscano a fondo i problemi e le possibilità finanziarie dei comuni poveri. Ed è necessaria ancora una cosa: che i nostri uomini politici e specialmente i deputati al Gran Consiglio che costituiscono il ponte tra il Popolo e il Governo, facciano nei loro circoli e comuni una sistematica opera di persuasione. Si deve persuadere i cittadini che quanto "viene da Coira" non mira a danneggiare il popolo ma a tutelare, in un modo o nell'altro, i suoi interessi (esempio: le leggi emanate tra il 1955 e il 1964, accettate tutte di buon grado, e i vari provvedimenti dello Stato per sorreggere l'agricoltura e l'allevamento e per animare il commercio del bestiame); che la totale autonomia comunale conta poco quando

nel comune tutto va a catafascio e che, come oggi si ritiene necessario l'intervento dello stato in casi di emergenza, così il comune non può più considerarsi, come nell'antica Confederazione e nello Stato delle Tre Leghe, uno stato nello stato per non possedere più le necessarie basi di esistenza indipendente. Esso deve invece tendere a inserirsi nella vita economica dello Stato dal quale allora gli potranno affluire, nella misura possibile, gli aiuti materiali e morali necessari. E fino a quando non ci sarà una legge cantonale sui comuni, quelli in gravi condizioni dovranno cercare di tenersi a galla se non unendosi politicamente ad altri almeno consorziandosi per la risoluzione dei più importanti problemi: l'educazione della gioventù e le opere di premunizione e di miglioramento dell'economia locale.

PROBLEMI ECONOMICI DEL TICINO
=====

dell'

avv.dott. Arturo LAFRANCHI, Cons. di Stato, Giubiasco

PROBLEMI ECONOMICI DEL TICINO
=====

Nell'iniziare questa mia esposizione sui problemi economici del Ticino vorrei anzitutto fare alcune premesse:

1. Il titolo stesso della conferenza potrebbe alimentare l'impressione che la mia sarà una relazione imperniata sulla presentazione delle soluzioni tecniche possibili in seguito all'analisi di una data situazione. E' mia intenzione, invece, esprimermi unicamente da un profilo politico; partendo cioè dalla presentazione di una data situazione desidero indicare le mete che, a mio modo di vedere, debbono essere raggiunte: ai tecnici, poi, la conclusione sul modo migliore di raggiungere tali risultati.
2. Nella mia relazione mi soffermerò sui problemi attinenti l'industria e il turismo. Non mi occuperò pertanto degli altri aspetti, in particolare di quelli agricoli, e non tanto così facendo, per significare la continua diminuzione dell'importanza dell'agricoltura in seno all'economia ticinese, quanto piuttosto perché i problemi dell'agricoltura sono, in pratica, essenzialmente quelli di ogni regione alpina o prealpina, e le soluzioni sono cercate nel nostro come nel vostro caso in particolare sulla base della legislazione federale.
I problemi dell'industria e del turismo, al contrario, appaiono nel nostro Cantone con aspetti assai singolari, unici forse e che, parzialmente, proprio soltanto in questa ospitale parte del Grigione italiano riaffiorano e si sentono.
3. La presente relazione si basa, nelle sue grandi linee, su due interventi che ho avuto l'occasione di presentare recentemente: uno in occasione della celebrazione del 50nario della Camera di Commercio del Canton Ticino, l'altro in occasione dell'assemblea dell'Associazione ticinese per il turismo.
Non avrò pertanto il pregio della novità. Né è facile "innovare" su di uno stesso tema a breve distanza di tempo. Il riferimento a tali interventi mi è parso tuttavia logico e coerente in quanto allora io ebbi la possibilità di trattare i due aspetti fondamentali del tema che oggi ci occupa, di fronte a uditori

particolarmente interessati.

4. Un'ultima premessa: i Cantoni del Ticino e dei Grigioni presentano alcune caratteristiche comuni e altre, invece, divergenti, cui voglio solo brevissimamente accennare. Si tratta di Cantoni periferici, dalla conformazione montagnosa, la cui economia, rispetto alle regioni più favorite della Svizzera, è relativamente sottosviluppata. Alcuni problemi presentano aspetti assai simili: il più importante di questi è quello costituito dalle vie di comunicazione, infrastruttura vitale che deve permettere di "riavvicinarli" alla madre Patria. I due Cantoni, o parte di essi, sono stati separati dal loro spazio economico naturale, che è l'Italia settentrionale; d'altra parte rimangono lontani dall'area economica svizzera causa gli ostacoli della natura. I due Cantoni presentano vaste zone soggette a spopolamento: il problema dell'economia delle zone di montagna, con tutte le sue implicazioni d'ordine economico, politico e sociale pertanto è loro comune.

Esistono tuttavia alcune differenze fra i due Cantoni che richiedono l'introduzione di alcune sfumature nel discorso politico fatto su ognuno di essi. Nei Grigioni, ad esempio, esiste un problema etnico che nel Ticino non si presenta; la struttura politico-amministrativa presenta nei due Cantoni divergenze nell'ambito delle competenze affidate ai vari livelli decisionali. Anche la struttura dei settori economici non è identica: basti pensare ad esempio, al problema del turismo, che si presenta con caratteristiche assai divergenti a seconda che lo si consideri in uno o nell'altro dei Cantoni.

Resta tuttavia una mia convinzione, quella che i problemi di fondo dei Grigioni e del Ticino presentano analogie assai marcate: questo fatto dovrebbe portare automaticamente a una sempre più stretta collaborazione dei due Cantoni nell'ambito delle relazioni confederali.

In questo senso considero pertanto d'estrema utilità un incontro come quello di questi giorni: mi felicito pertanto con Coscienza svizzera per questa sua iniziativa, e ringrazio il Comitato della stessa per l'invito di cui ha voluto onorarmi.

Parte primaL'economia industriale ticinese: luci ed ombre

Grazie agli sforzi congiunti degli imprenditori privati, delle autorità statali e locali, il Ticino ha conseguito, sul lungo cammino tendente al miglioramento della situazione economica, notevoli successi. Nell'ultimo decennio, in particolare, il balzo in avanti è stato assai visibile: l'Ufficio delle ricerche economiche in una sua recentissima valutazione del prodotto sociale cantonale, stima che esso sia passato dai circa 530 milioni di franchi nel 1950 ai 1600 milioni di franchi nel 1965.

Normalmente si presentano quali prove dell'aumento del tenore di vita di una popolazione taluni "indici del benessere": ad esempio: numero degli apparecchi radio, televisivi, delle automobili, ecc. Tale indice, anche nel nostro Cantone, presenta un'evoluzione in senso positivo assai marcata: ma non riteniamo che siano queste le caratteristiche che, meglio di ogni altra, siano in grado di testimoniare un determinata evoluzione del benessere di una popolazione. Alcuni degli indici citati, infatti, possono essere assai facilmente influenzati da caratteristiche locali che niente hanno a che vedere con l'effettiva evoluzione della situazione economica (pensiamo ad esempio al numero delle automobili che, a parità di condizioni, è logicamente più elevato in una regione montagnosa ed estremamente decentralizzata qual è il Ticino che non in una zona caratterizzata da una conformazione più omogenea).

Il progresso dell'economia ticinese è piuttosto testimoniato da una serie di fatti assai meglio indicativi:

- l'emigrazione, quel fenomeno che per generazioni costituì uno dei drammi sociali più acuti per le nostre valli e per il Cantone in genere, è ormai cessata, anche se ancor oggi sono largamente visibili, nella struttura demografica di talune nostre zone, le piaghe lasciate aperte dalla secolare emorragia;
- la ripartizione della popolazione attiva fra le diverse attività economiche ha raggiunto grosso modo la media generale svizzera: l'agricoltura, nel 1960, ne occupava l'11,9% rispetto all'11,6%

della media svizzera (nel 1967 probabilmente di poco superiamo, nel Ticino, il 5-6 %); l'industria e l'artigianato occupano circa 1/3 della popolazione attiva; il 43 % infine è occupato nel settore del commercio, dell'amministrazione e dei servizi, e cioè nel cosiddetto settore terziario;

- il numero delle fabbriche sottoposte alla legge federale è passato da 452 nel 1950 a 739 nel 1965. Il totale degli addetti nelle fabbriche è passato nel medesimo periodo di tempo da 14'656 a 26'833 con una punta massima di 27'119 nel 1964.

Questa espansione è dovuta essenzialmente all'apporto della manodopera straniera che passa da 4'000 unità nel 1950 a 16'678 nel 1964. Non è questa la sede per riprendere il dibattito sulle questioni concernenti la manodopera estera che tanto hanno occupato e occupano molti ambienti politici ed economici del nostro paese: voglio tuttavia soltanto accennare al fatto che, per noi, l'apporto della manodopera italiana è un fenomeno costante e, per così dire, connaturato alla nostra economia e alla nostra geografia. Etnicamente e linguisticamente questa manodopera non provoca un inforestieramento e la sua graduale assimilazione potrebbe anzi, a poco a poco, colmare i vuoti provocati nell'emigrazione dei ticinesi.

Queste considerazioni potrebbero suscitare in noi una visione eccessivamente ottimistica della situazione economica del Canton Ticino. Orbene l'ottimismo deve purtroppo essere smussato quando si tengono in considerazione alcuni fattori che gettano non poca ombra sul quadro che abbiamo testè rappresentato:

- lo sviluppo, nel Canton Ticino, c'è stato, certo: ma esso è risultato inferiore a quello medio svizzero, o per lo meno non è stato fin qui sufficiente al fine di permettere al Ticino di raggiungere il medesimo grado di benessere della media svizzera. Il prodotto sociale per abitante risulta infatti nel Ticino inferiore di almeno il 20 % nei confronti della media della Confederazione.
- La nostra economia presenta taluni squilibri e talune caratteristiche di debolezza che la rendono particolarmente fragile e poco

idonea al decollo necessario ai fini di recuperare il terreno perduto.

La nostra economia dipende ancora essenzialmente da due rami di attività, il turismo e l'edilizia, i quali sono estremamente sensibili all'andamento della congiuntura e alla situazione politica nazionale e internazionale. Per quanto riguarda l'edilizia è nota la situazione di disagio creatasi in molti Cantoni e in modo particolare nel Ticino in seguito all'adozione dei provvedimenti anticongiunturali: basterà ricordare che il volume dei lavori ha subito una contrazione del 25-30 % rispetto agli anni del boom, che la manodopera si è ridotta dalle 18'264 unità nel 1965 alle 15'140 nel 1960 e alle 14'662 a fine agosto 1967.

Anche per quanto concerne il turismo abbiamo detto trattarsi di un'attività sensibile e delicata: di essa parleremo nella seconda parte di questa relazione: voglio solo a questo punto anticipare che, data la precarietà del turismo, occorre vigilare affinché uno spazio economico non risulti fondato unicamente su una monocultura turistica o sul binomio appunto turismo-edilizia. Da ciò la necessità di costruire un apparato industriale di una certa consistenza e, soprattutto, in grado di superare senza difficoltà eccessive i periodi congiunturalmente meno favorevoli.

E da questo profilo, e cioè in relazione alla forza dell'industria ticinese quale ossatura della nostra economia e quale trampolino di lancio per il raggiungimento di quel livello di benessere che altre regioni del nostro paese già hanno raggiunto, come si presenta la situazione?

Tessili, abbigliamento, tabacchi, alimentari, sono industrie importanti e prosperose ma anch'esse esposte a una grande sensibilità congiunturale. Occupano principalmente manodopera femminile, dipendono in gran parte da forniture commesse da grandi magazzini o da clienti intermedi posti oltre San Gottardo e non smerciate direttamente dal produttore sui mercati interni ed esteri. Sono tutte industrie poco espansive, in cui la produttività è piuttosto ridotta, che presentano un grado di capitalizzazione assai modesto, e che, nel futuro, ben difficilmente potranno validamente inserirsi in un mercato europeo sempre più integrato.

Al contrario le industrie considerate espansive, in quanto nel futuro, assumeranno sempre maggior importanza, e propulsive, in quanto suscettibili di dar origine ad altre attività collaterali, salvo eccezioni, non hanno un peso dominante nella nostra economia industriale: le industrie chimiche, di fibre artificiali, dell'elettronica, della meccanica fine, sono piuttosto scarse e raramente assumono, nel nostro Cantone, dimensioni che vadano oltre il modesto laboratorio. Anche le industrie d'esportazione sono poco sviluppate nel Ticino: e ciò non è che un corollario di quanto ho ricordato prima, in quanto i rami su cui normalmente l'industria svizzera basa le sue esportazioni sono proprio quelle che nel Ticino sono poco frequenti. Anche l'industria degli orologi, assai diffusa nel Ticino, al punto che esso va situato al sesto o settimo posto fra i Cantoni orologeri, presenta da noi caratteristiche meno favorevoli di quelle verificabili in altre regioni della Svizzera: spesso le imprese dipendono dalle case-madri situate oltre San Gottardo, sono anche qui di modeste dimensioni e si occupano di una produzione relativamente poco pregiata, che può essere pertanto immessa unicamente nei mercati marginali, nei quali il prodotto di alto pregio non è accolto.

Abbiamo già trovato a due riprese l'osservazione secondo cui le imprese industriali ticinesi presentano dimensioni assai modeste: è probabilmente questa la misura più preoccupante della nostra perdurante debolezza industriale. Nonostante l'insediamento di notevoli complessi industriali di primo rango, il nostro indice strutturale delle dimensioni aziendali ci colloca ancora nei gradini più bassi di tutta la Svizzera.

Vent'anni di espansione economica e di industrializzazione hanno mutato le nostre strutture aziendali in modo insignificante. Nel 1946 il Cantone Ticino era al quart'ultimo posto nella classifica stesa fra i Cantoni in base al numero di addetti per fabbrica, con una media di 33,2. Nel 1965 siamo al quint'ultimo posto, con 36,3 addetti. La media generale svizzera era rispettivamente di 47 nel 1946 e 50,2 nel 1965.

Le nostre strutture industriali, nonostante l'aumento delle aziende e dell'insediamento di nuove importanti industrie, non sono an-

cora sufficientemente consolidate: il nostro settore secondario ha ancora in preponderanza carattere artigianale.

Il problema della industrializzazione rimane quindi tuttora aperto: occorre dare al nostro Cantone, accanto ad un turismo e, in genere, ad un settore terziario o dei servizi espansivi, un settore industriale più consolidato, più sicuro e dinamico.

L'industria del Canton Ticino di fronte all'avvenire

La scarsità della manodopera e la conseguente dipendenza da quella straniera hanno suscitato in taluni la convinzione che i limiti dell'industrializzazione del Ticino siano ormai raggiunti e che occorrerà pertanto mirare unicamente, nel futuro, al consolidamento delle posizioni raggiunte. Per il resto, si dice da costoro, altre sono le attività che vanno sviluppate, in particolare il turismo e le attività del terziario. Un'ulteriore industrializzazione potrebbe, si continua a dire, compromettere le nostre bellezze naturali e rendere impossibili nuove installazioni turistiche.

Queste persone, infine, ritengono che solo il turismo potrà arrestare lo spopolamento di talune regioni creando nuove fonti di reddito alle popolazioni delle zone di montagna fin qui meno favorite. Ora io intendo che il turismo, come del resto vedremo più innanzi, è una possibilità, una grande occasione: ma non basterà da solo a frenare lo spopolamento e a ricostituire delle comunità vitali nelle nostre valli. Sono persuaso che tutti i settori, l'agricoltura, l'industria e il terziario debbono trovare un giusto equilibrio; non è possibile sviluppare unilateralmente solo l'uno o l'altro settore a discapito degli altri. Frenare lo spopolamento non vuol dire creare in ogni villaggio di montagna un'industria o un centro turistico, ma significa, entro il raggio di possibili spostamenti pendolari, creare alcuni poli comprensoriali di sviluppo. L'esempio di Bodio, nella Valle Leventina, dimostra che questa è la via giusta tanto più che condizioni favorevoli per l'insediamento di industrie esistono pure nella bassa Valle Maggia, in Riviera e Blenio, senza danno per il turismo.

Attorno a questi poli (di tipo industriale, eventualmente di tipo turistico), debbono rotare e svilupparsi tutte le altre attività

in modo che possano essere stabilite economie regionali sane e non troppo legate ai destini di un'unica iniziativa.

Da qui la necessità di una politica regionale di sviluppo che lo Stato dovrebbe perseguire, abbandonando il sistema fin qui adottato dagli interventi di tipo settoriale, per abbracciare quello dell'intervento globale. In una data regione, cioè, lo Stato deve contemporaneamente, in un'unica concertata azione di tutti gli organismi interessati, creare quelle condizioni che permettano la realizzazione di determinate iniziative industriali o turistiche (mediante la creazione di buona infrastruttura e concessione di incentivi): curare la sistemazione del territorio (grazie al raggruppamento dei terreni e a interventi di tipo urbanistico) affinché sia possibile la più razionale utilizzazione del territorio medesimo ai fini agricoli, edilizi, ecc.; migliorare le condizioni di vita della popolazione locale da ogni punto di vista (risanamento degli abitati, attrezzature per il tempo libero, ecc.). Solo una politica di questo tipo, può essere di giovamento alle regioni meno favorite e alle zone di montagna in genere; i metodi tradizionali dell'intervento a spizzico si sono ormai rivelati non più adatti ai tempi e sono spesso all'origine di amare esperienze e di sprechi di energie. Questo accenno alla politica regionale di sviluppo, che potrà essere ripreso in sede di discussione, vuole qui unicamente sottolineare l'importanza di evitare la facile tentazione di credere a quella "vocazione terziaria" del Ticino, espressione sicuramente poco elegante che taluno impiega per affermare la necessità di arrestare ogni ulteriore sforzo di industrializzazione per concentrare ogni energia sullo sviluppo delle attività del settore terziario, in particolare del turismo.

Ma il problema dello sviluppo industriale del Ticino rimane aperto, a mio parere, anche per altri motivi di fondo: la rivoluzione tecnologica da una parte e l'integrazione e unificazione economica europea dall'altra. La particolare posizione della Svizzera, le sue tradizioni, le sue dimensioni, la sua struttura politica (basta pensare ai problemi posti dalla sua neutralità) non sono certo elementi atti a facilitare il compito di inserimento in tale dinamica integratrice.

Quali saranno le conseguenze di questi due processi sull'economia ticinese? Sarà possibile mantenere aziende vitali, nel contesto di un mercato più vasto, aperto alla concorrenza internazionale? Come potremo integrare la nostra economia nello spazio geografico nostro naturale, la vicina Italia settentrionale, che sarà l'agglomerazione la più importante e dinamica dell'Italia di domani e una delle più notevoli d'Europa?

Sarebbe un atto di presunzione da parte mia quello di pretendere, nei limiti di questa mia relazione, di affrontare tutti gli aspetti di questa problematica.

Voglio semplicemente accennare agli elementi essenziali:

1. La localizzazione delle industrie

E' ovvio, mi sembra, ritenere che le future industrie debbono sorgere in zone non troppo lontane dai centri, con buone comunicazioni e mezzi di trasporto e, nello stesso tempo, entro un raggio che permetta alla popolazione rurale e delle valli spostamenti giornalieri. Sono diverse le zone che rispondono a questi requisiti e le ho già indicate: bassa Valle Maggia, Riviera, Blenio, Leventina, Piano di Magadino, pur tenendo conto, per quest'ultimo, anche della sua destinazione agricola. La futura legge urbanistica dovrà permettere il giusto inserimento di tali zone nella dinamica territoriale ticinese.

2. La struttura e le dimensioni

In Svizzera come in ogni altro paese è in corso un processo di concentrazione, in vista delle esigenze di un mercato di scala europea che vuole ampi e grossi complessi industriali, per far fronte al processo tecnico e alla produzione di massa, razionalizzata ed automatizzata. Anche il nostro Cantone deve scegliere questa via. Quali nostre industrie potranno aspirare a mantenersi efficienti e competitive, in una produzione di scala? Quelle che avranno acquisito un loro mercato estero o nazionale abbastanza sicuro. E' un problema di adattamento, al quale non potremo sfuggire e che ci impone, sin d'ora, di non incoraggiare e mantenere industrie di qualsiasi tipo, spesso improvvisate ed impiantate senza rendersi conto dei problemi del domani. Gli interventi dello Stato tendenti a in-

coraggiare il sorgere di industrie non debbono pertanto risultare indiscriminati o automatici, bensì selettivi, basati su criteri di scelta intesi a giungere alla creazione di industrie confacenti alle nostre esigenze di sviluppo e alla trasformazione o riconversione delle esistenti nel medesimo senso.

3. Il problema tecnologico

Solo le imprese razionalmente organizzate potranno validamente inserirsi nel mercato integrato: si pongono pertanto i problemi dei nuovi metodi di produzione e d'organizzazione aziendali: elettronica, automazione, studi di mercato, tecniche di vendita e di propaganda. La manodopera dovrà essere più qualificata: sorgeranno problemi relativi al pieno impiego e alla riconversione della manodopera adulta. Sforzi imponenti nel campo della formazione professionale, dell'orientamento scolastico, ecc. devono essere iniziati già sin d'ora.

4. La concorrenza

L'integrazione dei mercati ci aprirà nuovi vastissimi sbocchi, ma permetterà pure la facile introduzione nel nostro spazio economico delle produzioni straniere. Il processo integrativo del resto è inarrestabile: chiuderci in una nostra piccola autarchia, in un protezionismo, sarebbe cosa illusoria. Si tratta allora di adottare gli accorgimenti suscettibili di fare dell'integrazione un fenomeno positivo, un'occasione di cui il nostro paese possa profittare. Questo fatto potrà essere estremamente positivo anzitutto per il terziario -il Ticino si troverebbe pur sempre su un importantissimo asse di traffici sempre crescenti-, ma anche per talune industrie che vorranno affermarsi sui mercati italiani. Si tratta di scegliere per tempo quei rami industriali che domani potranno essere competitivi su questi vicini e importantissimi mercati.

Del resto anche le piccole e medie imprese di un certo tipo e per certe produzioni, non scompariranno affatto, né saranno eliminati dalla concorrenza dei grossi complessi. Le imprese e i rami di produzione specializzati, che servono il mercato locale e vicino e che sono quasi il trait d'union fra servizi e produzione industriale (riparazioni, servizi industriali, artigianato di qualità, commer-

ci di articoli di lusso, produzioni molto specializzate e non di serie) potranno prosperare, specie in un paese a carattere fondamentalmente turistico come il nostro.

5. Industrie nuove e industrie per l'esportazione

Per le industrie nuove ed espansive (nuovi prodotti, nuove tecniche, nuovi materiali, elettronica, fibre artificiali, ecc.) e per i mercati di esportazione le possibilità per nuove industrie esistono, a condizione che siano industrie nuove in tutti i sensi, anche rispetto al progresso tecnico, alle tecniche di lavorazione. Abbiamo del resto esempi molto illustrativi di industrie sorte recentemente nel Ticino, dai successi e dalle prospettive internazionali.

Tracciando questi possibili lineamenti per una politica industriale volevo soprattutto stimolare lo studio di questi problemi perché solo con una previsione e programmazione a lunga scadenza si possono affrontare meglio e risolvere i problemi.

Ognuno di questi problemi che ho qui soltanto presentato nelle grandi linee, comporta in realtà una moltitudine di aspetti tecnici, economici, sociali, di una tale complessità che può anche portare allo sconforto.

Ma non è questo un motivo sufficiente per accantonare il problema. "Per compiere un lungo cammino -dice il vecchio saggio cinese- occorre muovere il primo passo".

Si tratta però di iniziare per tempo.

Parte seconda

Importanza e possibilità del turismo nel Ticino

Più rapida potrà essere la seconda parte di questo mio esposto in quanto talune osservazioni di carattere generale hanno già trovato posto nella prima parte. Certo che se dovessi commisurare l'importanza del fenomeno turistico per il Ticino con lo spazio ad esso dedicato in questa relazione sarei senz'altro propenso a parlare di turismo almeno nella stessa misura di quanto ho fatto per l'industria. E ciò per un ovvio motivo: il turismo è un fenomeno

che presenta importanti implicazioni d'ordine economico per ogni paese; quali possano essere tali implicazioni per Cantoni che, come i nostri, sono decisamente turistici è facile immaginare. Per quanto concerne il Ticino, i 5,5 milioni circa di pernottamenti che vi si effettuano nel corso di un anno apportano un flusso di capitale valutato, già nel 1962, in oltre 300 milioni di franchi, il che rappresentava grosso modo, il 25 % del prodotto sociale cantonale. In questo senso, pertanto, il turismo costituisce la maggior "industria d'esportazione" del nostro Cantone.

Per quanto concerne la Svizzera basti ricordare che il conto "Turismo" della bilancia dei redditi ha dato, nel 1966, un saldo attivo di 1'580 milioni, il che ha permesso di chiudere la medesima bilancia dei redditi con un deficit di soli 300 milioni anziché di circa 2 miliardi.

La presentazione di questi dati ci permette di evidenziare l'importanza quantitativa del turismo per una regione. Ma altre considerazioni danno un quadro sempre più completo e una valutazione più oggettiva del valore e delle possibilità del turismo.

a) Il turismo anzitutto valorizza determinati fattori naturali

(il paesaggio, il clima) che diversamente non rappresenterebbero un vero e proprio valore economico concreto. Esso si presenta pertanto quale attività provvidenziale e insostituibile di talune regioni. Le risorse naturali citate possono provocare un flusso di capitali verso la regione interessata unicamente grazie alla loro offerta alla clientela turistica potenziale. Questa caratteristica è quella che informa praticamente il turismo del nostro paese: il nostro infatti non è, se non in una misura assai ridotta, un turismo mosso da stimoli attinenti alle caratteristiche storiche o culturali del nostro paese. Favorendo le zone dotate degli elementi naturali favorevoli, ma privi di materie prime, di attività industriali e commerciali, il turismo diventa un importante fattore di redistribuzione dei redditi da un punto di vista spaziale, sia all'interno di una certa economia sia nei rapporti fra diversi paesi. Ed è appunto questo l'aspetto più positivo manifestato dal turismo nel nostro paese: esso costituisce una notevole alternativa, spesso l'unica possibilità, per quelle regioni meno favo-

rite della Svizzera, montagnose, periferiche, soggette a spopolamento; e all'interno del Ticino per le valli che, data la loro conformazione e posizione, non sono riuscite ad inserirsi nel passato nella dinamica del progresso. Molte regioni, infatti, della Svizzera e del Ticino, devono molto al fenomeno turistico: ma io ritengo che altre zone, alcune delle quali proprio nel Ticino potranno beneficiare dell'apporto dell'industria del forestiero. Si tratta di regioni fin qui decadenti e soggette all'abbandono, oppure che con molte difficoltà cercano nuovi motivi di vita, ma che potrebbero finalmente riacquistare quelle energie e quella linfa che permetterà loro di superare lo stadio del sottosviluppo.

Questa considerazione ci conduce immediatamente al motivo essenziale di quella che dovrebbe essere la politica turistica del Ticino: favorire l'insediamento di centri turistici, o meglio di poli di sviluppo di tipo turistico nelle regioni più discoste del paese,

b) Un'altra caratteristica che rende ancora più efficace il mezzo costituito dal turismo in seno ad una politica economica è data dal fatto che il ciclo produttivo delle attività turistiche ha un avvio immediato e i suoi effetti sono rapidi.

Il turismo provoca infatti un'iniezione diretta di liquidità nell'apparato economico di una regione. I servizi turistici sono generalmente pagati immediatamente: inoltre essi interessano tutta una serie di attività collaterali, dell'agricoltura, dell'artigianato, dell'edilizia, dell'industria, delle attività commerciali. Queste affermazioni non sono affatto semplici enunciazioni tratte da speculazioni di teoria economica, bensì trovano riscontro nella realtà di ogni giorno. Ne dà prova l'analisi di quanto è avvenuto e avviene in talune regioni recentemente aperte al turismo: per prescindere da quanto è stato fatto grazie alla creazione di importanti centri turistici, ad es. nel Vallese o qui da voi, nei Grigioni, mi basta in questa sede presentare i risultati di uno studio effettuato nel Comune di Campo Blenio, nel quale il turismo non ha assunto forme spettacolari, ma si è manifestato come un fatto marginale, che attira un numero relativamente esiguo di persone per un periodo limitato dell'anno. Orbene, lo studio cui ho

accennato indica che, accanto all'agricoltura, che costituisce pur sempre la maggior fonte di reddito per il Comune (circa il 40 %) il turismo è diventato una fonte di benessere procurando già oggi il 14 % del prodotto sociale del Comune e concorrendo in notevole misura a formare quelle di altre attività. La conseguenza di questa evoluzione è che la situazione demografica di Campo Blenio è migliorata e il reddito pro capite, in notevole aumento, ha già raggiunto una quota relativamente elevata. Ciò significa che il turismo può essere un valido mezzo di politica economica anche per quelle zone in cui non sia possibile creare veri e propri centri turistici, ma nelle quali un'attività di tipo turistico può essere collocata accanto a quelle tradizionali. Le nostre valli alpine sono oggi interessate a tre forme principali di turismo: quello di paesaggio, che porta un non indifferente numero di pernottamenti nei villaggi di fondo valle; quello di riflesso, dato dai turisti residenti nei centri affermati che si spostano nelle zone più discoste per trovarvi quelle ragioni estetiche o climatiche che invogliano a soffermarsi; infine il turismo interno, familiare, delle famiglie ticinesi che trascorrono l'estate, e magari qualche settimana anche d'inverno nelle regioni di montagna.

Ma il vero "atout" della montagna consiste nell'affermarsi e nello svilupparsi del turismo invernale di massa. Un'inchiesta svolta recentemente in Francia permette di prevedere, pur facendo astrazione da ogni e qualsiasi effetto di diffusione delle abitudini di pratica degli sports invernali, un aumento dei turisti invernali, entro il 1970, dell'ordine del 50 %, di cui i 4/5 per effetto degli aumenti di reddito e 1/5 attribuibile alla normale crescita demografica. La sovrapposizione dell'effetto di diffusione lascia legittimamente prevedere che il tasso d'aumento citato rappresenterà soltanto un minimo. Questa esplosione del turismo invernale, realtà che già ha trasformato intere regioni e che costituisce una speranza per molte altre, richiede, da parte di chi intravede un interesse al proprio inserimento nelle nuove correnti turistiche, uno sforzo altrettanto vigoroso in vista della creazione delle possibilità di alloggio e delle installazioni che permettono la pratica degli sports invernali. Si tratta insomma di

adeguarsi all'evoluzione dei tempi e di non lasciarsi sfuggire le occasioni propizie.

Riassumendo brevemente: il turismo costituisce un valido mezzo tendente a permettere l'inserimento delle zone di montagna nel contesto di un'economia moderna e dinamica; questo mezzo è tanto più valido in quanto il turismo che si pratica nelle regioni di montagna -il turismo invernale- si presenta con le caratteristiche di un fenomeno in continua imponente progressione.

* *

Da queste ultime affermazioni appare senz'altro evidente la conferma della conclusione politica cui siamo giunti in precedenza: lo Stato, gli enti pubblici in genere, debbono adottare tutti quei provvedimenti, instaurare quella politica che permetta, susciti, stimoli la nascita e la realizzazione di iniziative turistiche valide nelle regioni di montagna. Tutto ciò senza dimenticare le regioni tradizionali del turismo ticinese, quelle dei laghi, nelle quali gli sforzi debbono tendere piuttosto al mantenimento delle posizioni acquisite che a un nuovo moto espansionistico. Per quanto riguarda il nostro Cantone, a poco a poco, la coscienza dei responsabili è andata, così mi sembra almeno, sempre più chiaramente orientandosi in questa consapevolezza. Pur muovendoci tra le mille difficoltà che presenta un ambiente non ancora perfettamente maturo, e pur scontrandosi con gli ostacoli dovuti al fatto che, in questo campo, nel Ticino si fa opera da pioniere, si sta elaborando un progetto di legge sul turismo che dovrebbe costituire la base di quella politica cui ho accennato. La presentazione del progetto, dei mezzi e dei metodi proposti per il raggiungimento dei fini sperati sono temi che vanno oltre il compito affidatomi, che è quello di presentare il problema da un punto di vista prettamente politico. Mi riservo pertanto di accennare al progetto di legge nel corso di un'eventuale discussione in merito.

Parte terzaPer una politica regionale di sviluppo

Nella mia relazione ho trattato due problemi che mi sembrano essenziali per il futuro dell'economia ticinese. Ma mi rendo perfettamente conto che questi non sono che due aspetti del problema dell'avvenire del Cantone, del suo progresso.

Altri temi scottanti interessano l'uomo politico che deve amministrare la cosa pubblica nel contesto di una visione di tutte le esigenze del paese. Questo ragionamento ci porta a un'affermazione che potrà sembrare banale, ma che sta al centro delle preoccupazioni di ogni autorità: la soluzione dei problemi, in qualsiasi campo siano essi situati, è condizionata dalle disponibilità, dai mezzi che all'autorità sono concessi. Da ciò deriva la necessità assoluta di stabilire, fra i vari argomenti posti sul tappeto della discussione, un preciso ordine di priorità. Scelta politica, in questo senso, significa determinazione di una scala decrescente di valori che devono essere salvaguardati, stimolati, creati a successivi interventi dall'autorità pubblica.

La classica scelta che si poneva nel passato ai responsabili più diretti del bene comune, quella fra "burro e cannoni", anche se in una certa misura sussiste, perlomeno sul piano federale, sul piano cantonale si è trasformata in un ben più vasto ventaglio di occasioni, di eventualità, di possibilità. L'ordine di priorità deve essere steso fra l'incremento della sicurezza sociale, della sanità pubblica, il potenziamento delle infrastrutture di ogni genere, dell'industria, del turismo, dell'agricoltura, la creazione di un complesso scolastico sempre più efficiente e democratico, e molti altri problemi di secondaria importanza. Ma questa scala di valori deve essere definita tenendo conto della situazione in cui il paese si trova, della conformazione geografica dello stesso, delle sue particolari esigenze, dell'intersecarsi dei vari interessi che lo animano. L'ordine di priorità, insomma, può essere stabilito unicamente regione per regione: nel caso della Confederazione, in concreto, all'interno di ogni Cantone o gruppi di Cantoni. In questo ordine di idee la soluzione di molti problemi dipende dalla comprensione e dalla larghezza di vedute della Confederazione.

Il Ticino, come altri Cantoni, non è uscito ancora dal circolo vizioso creato attorno all'economia relativamente povera e alle finanze pubbliche oberate. Questo circolo vizioso limita gravemente l'azione dell'Autorità cantonale; né si può gravare il paese con una pressione fiscale eccessiva che scoraggi poi l'attività economica. I problemi cui ho accennato nella mia relazione, così come quelli delle grandi infrastrutture -strade, gallerie autostradali, vie navigabili, nuovi allacciamenti ferroviari, aeroporti- non possono essere risolti unicamente con le nostre forze: purtroppo, tuttavia, la politica economica federale non si ispira ancora a criteri di sviluppo regionale. Eppure è necessario che la Confederazione superi l'abusato criterio dei sussidi versati a spizzico e, spesso, in modo direttamente proporzionale alle disponibilità dei Cantoni beneficiari; che essa accantoni il concetto antifederalista e anacronistico della politica economica uguale per tutti; è ora che essa si accorga, finalmente, che ogni regione del paese ha caratteristiche, funzioni, mezzi, difficoltà, ordine di priorità propri. La Confederazione ha pertanto il dovere di istituire una politica economica di sviluppo regionale che tenga conto di queste esigenze. Le modalità di una tale politica non sono evidentemente facili da individuare nei particolari: in generale appare tuttavia legittimo chiedere che la Confederazione contribuisca in modo sostanziale al finanziamento di piani regionali di sviluppo, stesi in collaborazione fra Cantoni o gruppi di Cantoni da un lato e autorità federale dall'altro. Solo in questo modo si permetterà ai Cantoni di contribuire senza complessi d'inferiorità, né incolmabili svantaggi iniziali, allo sviluppo di una politica sempre più efficiente, tendente a fare del nostro paese un vero Stato democratico.

In questo senso, mi sembra, va studiato il problema della collaborazione dei Cantoni alpini, Cantoni che, quali i Grigioni e il Ticino, presentano caratteristiche e problemi comuni, come ho accennato nella premessa a questa mia relazione. In questa direzione, oso suggerire, dovrebbe orientarsi una loro futura politica concertata.

E se manifestazioni come quelle di oggi potessero essere occasione di fruttuosi incontri, di scambi di idee, di osmosi di reciproche esperienze, punti di partenza quindi di auspiccate azioni comuni, allora potremmo veramente dire che esse presentano una vera, concreta utilità.